



Dr. Stefanie Hubig

BUNDESMINISTERIN DER JUSTIZ UND FÜR VERBRAUCHERSCHUTZ

Anton-Wilhelm-Amo-Straße 37
10117 BERLIN
TELEFON 030 / 18-580-9000

An die
Mitglieder der CDU/CSU-Fraktion
im Deutschen Bundestag

Mai 2026

An die
Mitglieder der SPD-Fraktion
im Deutschen Bundestag

per E-Mail

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

vor einem Jahr sind wir angetreten, das Leben der Menschen bezahlbarer, einfacher und sicherer zu machen. Wir sind angetreten, in unsicheren Zeiten Verantwortung zu übernehmen und unseren Rechtsstaat zu stärken. Heute können wir sagen: Wir halten Wort.

Bezahlbarkeit: Neue Preisschocks halten die Menschen nachts wach. Im Fokus meiner Arbeit steht die Miete als größtem Ausgabenposten vieler Menschen. Deshalb haben wir direkt nach Regierungsantritt die **Mietpreisbremse** verlängert. Aber eine Bremse, die umgangen wird, hilft nicht. Deshalb ziehen wir nach mit umfangreichen mietrechtlichen Verbesserungen: bei **möblierten Wohnungen, Kurzzeitvermietungen und Indexmieten**. Unser Entwurf stärkt das soziale Mietrecht und gleicht Fehlentwicklungen aus. Gleichzeitig sorgen wir dafür, dass ein starker Mieterschutz nicht zu Lasten derjenigen geht, die in Wohnungen investieren: So viel Schutz wie nötig. So wenig Regulierung wie möglich.

Wir wollen das Leben wieder bezahlbar machen. Dazu gehört der Bau von bezahlbaren Wohnungen. Mit dem **Gebäudetyp E** schaffen wir einen sicheren Weg, ohne Spitzenstandard zu bauen. Das E steht für einfach und effizient – also: weniger Norm, weniger Bürokratie, dafür mehr Wohnraum und mehr bezahlbare Mieten.

Als Ministerin für Verbraucherschutz sage ich, bezahlbar bedeutet auch: Eine neue Kultur des Reparierens wird den Geldbeutel schonen. Ob es um Smartphone, Waschmaschine oder

Kühlschrank geht: Hersteller sollen bei bestimmten Produktgruppen verpflichtet sein, **Reparaturen** anzubieten und Ersatzteile zu angemessenen Preisen bereitzustellen. Beim **Widerrufsbutton** gilt ab Sommer endlich eine einfache Logik: Wenn Online-Shopping per Klick funktioniert, muss auch der Widerruf per Klick funktionieren. Und bei **E-Scootern** verbessern wir die Haftungsregeln. Denn wir stellen fest, dass die Unfallzahlen mit E-Scootern Jahr für Jahr steigen. Dass Geschädigte auf ihren Kosten sitzen bleiben, nur weil der Fahrer längst verschwunden ist – darf einfach nicht sein.

Sicherheit: Sicherheit braucht Schutz vor Gewalt. Und das gilt ganz besonders für Frauen. Jährlich erleben Zehntausende Frauen in Deutschland körperliche, psychische und sexuelle Gewalt. Wir stehen an ihrer Seite: Die **elektronische Fußfessel** gibt in Hochrisikofällen wirksamen Schutz. Sie wird Menschen helfen, in ein sicheres Leben zurückzufinden. Opfer häuslicher Gewalt bekommen außerdem einen Anspruch auf **psychosoziale Prozessbegleitung**. Niemand soll allein durch ein Gerichtsverfahren gehen müssen. Und noch im Mai beschließt die Bundesregierung im Kabinett die schärfere strafrechtliche Sanktionierung von **K.O-Tropfen**. Dieser umfassende Schutz ist mir wichtig, weil er dort ansetzt, wo er am dringendsten gebraucht wird.

Digitale Gewalt ist heute ein Massenphänomen. Persönlichkeitsrechte werden vielfach massiv verletzt. **Pornographische Deepfakes** können Menschen in Angst und Verzweiflung stürzen. Bislang gibt es keine strafrechtliche Vorschrift, die das Erstellen und Teilen solcher **Deepfakes** unter Strafe stellt. Das wollen wir ändern. Das Strafrecht muss im KI-Zeitalter ankommen. Und dazugehört, dass **Ansprüche gegen Accountbetreiber** einfacher durchgesetzt werden. Lücken im Strafrecht wollen wir schließen und **voyeuristische Aufnahmen**, etwa in der Sauna, oder **Vergewaltigungsvideos** unter Strafe stellen. Neue Strafvorschriften und neue Möglichkeiten für Betroffene, selbst gegen die Verletzung ihrer Rechte vorzugehen, senden ein klares Signal aus: Die Scham muss die Seite wechseln.

Jahrzehntelang war die Speicherung von **IP-Adressen** ein ungelöster Streit. Wir haben ihn gelöst. IP-Adressen sind oft die einzige Spur, die Täter im Netz hinterlassen. Drei Monate Speicherung – das ist minimalinvasiv, grundrechtskonform und endlich eine entscheidende Möglichkeit, Täter im Netz zu überführen.

Ein starker Rechtsstaat: All das funktioniert nur, wenn der Rechtsstaat selbst funktioniert. Deshalb modernisieren wir die Verfahrensordnungen: Wir haben einen Gesetzentwurf zur Modernisierung der **Verwaltungsgerichtsordnung** vorgelegt. Wir erproben den **Zivilprozess**

ganz ohne Papierakten – der Test für das Online-Verfahren ist vor drei Wochen gestartet. Und eine Expertenkommission erarbeitet Vorschläge für mehr Effizienz und Schnelligkeit im Strafverfahren. Die Digitalisierung und Modernisierung des Staates ist unser Ziel auch im Konkreten: **Führungszeugnis, notarielle Beurkundungen, der Zivilprozess**. Im Kabinett sind diese Vorhaben bereits beschlossen. Die Beratungen dazu laufen derzeit im Bundestag.


Und wir stellen mehr Geld bereit: Mit dem **Pakt für den Rechtsstaat** sollen eine halbe Milliarde Euro in Personal und Digitalisierung der Justiz fließen. Außerdem schützen wir diejenigen, die für uns im Dienst und Einsatz sind. Für **Polizistinnen und Polizisten, Feuerwehrleute Rettungskräfte, Ärztinnen und Ärzte, Pflegepersonal oder Gerichtsvollzieher** muss gelten: Starker Einsatz verdient unseren starken Schutz. Dafür schärfen wir das Strafrecht nach.

Die Zahlen sprechen für sich: **35 Gesetzentwürfe aus dem Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz** hat das **Kabinett** im ersten Jahr beschlossen. 12 sind schon in Kraft getreten und können bereits wirken. Hinter diesen Zahlen, hinter jedem Gesetz stecken Menschen, denen sehr konkret geholfen wird – in einem Rechtsstaat in dem die Stärke des Rechts gilt und nicht das Recht des Stärkeren.

Für den Rechtsstaat, für Sicherheit und für Bezahlbarkeit – das sind unsere Schwerpunkte auch im zweiten Jahr der Legislaturperiode. Mit Hochdruck arbeiten wir an einer Regulierung des **Ticketzweitmarkts**, für mehr preisliche Fairness bei Sport- und Kulturveranstaltungen. Mit großem Ehrgeiz treiben wir eine Reform voran, wonach häusliche Gewalt im **Sorge- und Umgangsrecht** stärker berücksichtigt wird. Und es gilt, den **Pakt für den Rechtsstaat** in die Fläche zu bringen, so dass er in allen 16 Bundesländern seine Wirkung entfalten kann. Wir haben schon viel zusammen erreicht. Gemeinsam haben wir viel auf den Weg gebracht. Kompromiss und Bewegung sind in diesen Zeiten enorm wichtig. Herzlichen Dank für Ihre und Eure Unterstützung und für unser gutes Zusammenwirken, um unser Land weiter voran zu bringen!

Herzliche Grüße,

Ihre



Dr. Stefanie Hubig